

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 06.Mai 2026

Martin Habersaat

Wer die größten Herausforderungen hat, verdient die besten Bedingungen

TOP 15: Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe – Leistungsvermögen und Herausforderungen (Drs. 20/3740, 20/4330)

Der 30. August 2023 war ein Mittwoch. Die heutige Ministerin Stenke besuchte die Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule in Preetz. In neun Jahren - bis zur Beantwortung der Großen Anfrage - ihr einziger Besuch an einer Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe.

Ihre beiden Staatssekretäre waren bis dahin noch nie bei einer GemsoO zu Besuch.

Nun hat die Theodor-Heuß-Gemeinschaftsschule jede Ehre verdient. Zum Beispiel Theos Wiese ist ein großartiges Projekt. Im Hause Habersaat sind wir große Fans vom dort produzierten Apfelgelee und dem Honig, erwerbbar auch auf den Märkten im Freilichtmuseum Molfsee.

Aber nur eine einzige von 136? Wenn nach dieser Großen Anfrage die Aufmerksamkeit der Hausspitze sich mehr auf die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe richtet oder schon gerichtet hat, dann hat sie sich schon zu einem guten Teil gelohnt.

Uns ist sehr bewusst, wie viel Arbeit in der Beantwortung so einer Anfrage steckt. Von manchem Beteiligten ist mir das in den vergangenen Monaten auch direkt mitgeteilt worden. Ich will aber nicht verhehlen, dass wir von manch Beteiligten auch Hilfe bei der Erstellung der Fragen hatten. Ich möchte mich deshalb bei allen bedanken, die an der Erstellung und der Beantwortung dieser Anfrage mitgewirkt haben. An den Schulen, in den Verbänden, in den Schulämtern und im Ministerium. Danke für die Arbeit, deren Ergebnisse wir heute debattieren.

Wir haben bestätigt bekommen, dass die GemSoO anspruchsvolle pädagogische Konzepte verfolgen, um ihre Schüler*innen vielfältig zu bilden, von intensiver Berufsorientierung über interkulturelle Projekte bis hin zu Wettbewerben und Schulpreisen. Vor allem sind sie es, die ganz wesentlich für die Integration zugewanderter Schüler*innen durch DaZ-Zentren sorgen sowie für die Inklusion auch von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Natürlich haben wir manche Antworten geahnt. Die Schülerschaft überwiegend männlich. Der Lehrkörper überwiegend weiblich. Die Schulleitungen wiederum überwiegend männlich.

Die Lage wird schwieriger. Der Vergleich der Zahlen über die Jahre zeigt: Der Anteil der Schüler*innen ohne Abschluss steigt, der Anteil derer, die mit MSA abschließen, sinkt. Auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler von einer GemSoO, die es an eine Oberstufe schaffen, ist zuletzt gesunken.

Und wir hatten auch manche Nicht-Antwort befürchtet. Aber unter dem Strich ist die Zahl der Fragen, auf die es keine Antwort gibt, besorgniserregend hoch.

Das ist die erste Erkenntnis, die ich in dieser Debatte festhalten will: Diese Regierung weiß zu wenig über die Schulen, die sie verantwortet.

Was wird eigentlich unterrichtet?

Welche Wahlfächer gibt es?

Wie viele Mathematikstunden finden wirklich statt?

Wie viele Schülerinnen und Schüler werden durch eine Schulbegleitung unterstützt?

Wie ist die Zahl der erfolglosen Stellenausschreibungen der Schulen?

Keine dieser Fragen konnte beantwortet werden. Wenn nun aber vermehrt Vergleichsarbeiten beispielsweise den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler in Mathematik vergleichen wollen, wäre es da nicht gut zu wissen, wie viele Stunden

Mathematik diese hatten? Und wie schwer es den Schulen fiel, die passende Mathe-Lehrkraft zu finden?

Die zweite Erkenntnis lautet: Diese Regierung tut zu wenig für die, die sie am dringendsten brauchen.

Die 136 Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sind für über 70.000 Schülerinnen und Schüler verantwortlich. Sie haben die höchsten sozialen Herausforderungen. Und was bekommen diese Schulen?

- Aufmerksamkeit von der Hausspitze eher nicht.
- Sie haben die schlechteste Lehrkräfteversorgung.
- Jede achte Unterrichtsstunde findet nicht planmäßig statt.

Und gleichzeitig sehen wir:

Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss kommen genau von diesen Schulen. Die Absentismus-Zahlen mit massiven Fehlzeiten sind an GemSoO viermal höher als an Gymnasien und GemSmO. Das ist kein Betriebsunfall. Und das liegt auch nicht an den Schulen und ihrer Arbeit. Das ist das Ergebnis politischer Prioritätensetzung.

Die Schulen mit dem höchsten Sozialindex –
also mit den größten Herausforderungen –
haben nicht die beste Ausstattung. Sondern die schlechteste. Das ist bildungspolitisch falsch. Und es ist sozialpolitisch verantwortungslos.

Die dritte Erkenntnis: Es gibt einen Fachkräftemangel – der ist hausgemacht und wird ignoriert.

Schauen wir auf den Unterricht:

- Hunderte Klassen in Mathematik, Englisch, WiPo werden fachfremd unterrichtet, weitere hunderte von Lehrkräften ohne zweites Staatsexamen.

- Im neuen Pflichtfach Informatik haben fast 86 Prozent der Lehrkräfte das Fach nie studiert. Das war zu erwarten, weil bereits in der Erprobung des Faches die Gemeinschaftsschulen massiv benachteiligt wurden.

Bis 2034 droht eine massive Unterdeckung in zentralen Fächern. Ich lese hier nicht alle vor, ich habe ja nur 10 Minuten Zeit.

Ein Fünftel der Lehrkräfte geht bald in den Ruhestand.

Die Studierendenzahlen sinken und die G9-Lücke kommt erst noch.

Die Zahl der LiVs, die den Vorbereitungsdienst an GemSoO abgeschlossen haben, ist rückläufig.

Und Sie versuchen es mit einer zusätzlichen 60-Euro-Verwaltungsgebühr für Studierende.

Das ist kein Mangel an Informationen. Das ist ein Mangel an Konsequenz. Wer so handelt, organisiert den Lehrkräftemangel von morgen aktiv mit.

Die vierte Erkenntnis: Die Schulen werden Meister der Improvisation, weil es ihnen an Unterstützung fehlt

Die Realität vor Ort:

- Kein stabiles WLAN an jeder Schule.
- Schulen ohne Mensa.
- Schwimmunterricht scheitert an fehlenden Kapazitäten; zu dem Thema diskutieren wir ja bald eine weitere Große Anfrage.
- Lehrkräfte reparieren nebenbei digitale Infrastruktur.

Fünftens: Falsche Entscheidungen verschärfen die Lage.

Sie haben im DaZ-Bereich gekürzt.

Sie haben den Gemeinschaftsschulen Stunden gestrichen, sechs Stunden weniger in der Sekundarstufe I.

- 1 Stunde Gesellschaftswissenschaften
- 1 Stunde Ästhetische Bildung
- 1 Stunde Erste Fremdsprache
- 1 Stunde Naturwissenschaften
- 1 Stunde Arbeit und Verbraucherbildung
- 1 Stunde Erstes Wahlpflichtfach

Obwohl es bisher in Schleswig-Holstein den Konsens gab, dass die Gemeinschaftsschulen für ihre besonderen Aufgaben mehr Ressourcen brauchen.

Ausgerechnet dort, wo die Herausforderungen am größten sind.

Das ist, als würde man bei einem Marathon den Läufern mit den schwersten Bedingungen noch zusätzliche Gewichte anhängen.

Außerdem wurden die Schulen aufgefordert, aus den vorhandenen Stunden auch die Ressourcen für das neue Pflichtfach Informatik zu schöpfen. Das traf vor allem die Fächer Kunst und Musik.

Damit haben Sie das Profil der Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe im Mark getroffen. Und natürlich wurden auch Versetzungen von Lehrkräften erforderlich. 19 Lehrkräfte mussten wegen dieser Einsparungen versetzt werden, trotz der großen natürlichen Fluktuation am Schuljahresende.

Und diesen Schulen sagen Sie übrigens nun: Nehmt doch mal bitte Lehrkräfte von den Berufsbildenden Schulen auf, die wir dort abbauen wollen. Aber nicht unbedingt in dringend benötigten Fächern wie Mathe, wie ich entsetzt einem Leserbrief entnehmen musste.

Startchancenprogramm: Chance vertan

Und dann das Startchancenprogramm:

Statt konsequent nach Sozialindex zu fördern, wurden Schulen bevorzugt, weil sie schon in alten Programmen waren.

Das ist nicht gerecht. Das ist nicht zielgerichtet.

Und das ist vor allem eines: politisch bequem statt fachlich richtig. Und es hätte eine faire Lösung gegeben, wenn Sie die nötigen Mittel bereitgestellt hätten.

Vertretungslehrkräfte: Ausnutzen statt entwickeln

Vertretungslehrkräfte werden gebraucht – dringend. Und was bekommen sie?

Befristete Verträge und Kurse, wie man diese Zeit übersteht. Aber keine echte Perspektive.

Das IQSH qualifiziert sie nicht systematisch für den Beruf.

So gewinnt man keine Fachkräfte – so verliert man sie.

Wir als SPD-Landtagsfraktion sagen klar:

Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sind zentral für die Chancengerechtigkeit in Schleswig-Holstein. Ich habe sie als Lastesel unseres Bildungssystems bezeichnet. Weil sie viel tragen, viel aushalten und unverzichtbar sind.

Was nicht sein darf, ist, dass sie ausgenutzt und überladen werden; dass man ihnen nicht mit der nötigen Wertschätzung begegnet.

Und deshalb gilt: Die Schulen mit den größten Herausforderungen brauchen die meiste Unterstützung.

Nach fünf Erkenntnissen nun fünf Punkte, die jetzt zu tun sind:

Erstens: Unterstützen statt überfordern.

Wir müssen die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern.

Das heißt konkret:

- kleinere Klassen,
- weniger Unterrichtsverpflichtung,
- mehr Teamarbeit,

- und vor allem: Entlastung bei Aufgaben außerhalb des Unterrichts.

Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte auch noch IT-Administratoren sind.

Zweitens: Nicht bei den Schwächsten sparen.

Kürzungen im DaZ-Bereich und an Gemeinschaftsschulen waren ein Fehler.

Gerade dort wird jede Stunde gebraucht.

Wer hier kürzt, verschärft die Probleme.

Drittens: Gerechtigkeit beim Startchancenprogramm.

Es darf nicht sein, dass Schulen mit hohem Sozialindex leer ausgehen,

während andere bevorzugt werden, weil sie bereits in früheren Programmen waren.

Förderung muss sich am Bedarf orientieren – nicht an der Vergangenheit.

Wenn Sie die Schulen aus alten Programmen weiter fördern wollen, dann besorgen Sie zumindest die Mittel, um Schulen mit schlechterem Sozialindex ebenfalls zu fördern.

Viertens: Lehrkräfte besser qualifizieren und binden.

Über das Lehrkräftebildungsgesetz reden wir noch, da sollten Sie die Expertinnen und Experten nicht weiter ignorieren.

Gemessen an der Zahl ihrer Schülerinnen und Schüler wurden an Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe im Schuljahr 2024/2025 nur halb so viele Lehrkräfte ausgebildet wie an Gymnasien. Wir brauchen eine Ausbildungspolitik, die endlich auf die Realität reagiert – zum Beispiel im Bereich Informatik und Naturwissenschaften.

Fünftens: Vertretungslehrkräfte brauchen echte Perspektiven.

Das IQSH muss Qualifizierungsangebote schaffen, die zu einer dauerhaften Tätigkeit führen. Meine Damen und Herren, diese Große Anfrage zeigt:

Die Probleme sind bekannt.

Die Zahlen liegen auf dem Tisch.

Was fehlt, ist der politische Wille, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Wir hätten ihn.

